

# Über die Währung Zeit diskutiert

**Freiwilligenarbeit** Das Postulat der Vaterländischen Union (VU) zur Zeitvorsorge wurde mit grosser Mehrheit an die Regierung überwiesen. «Nur» sechs FBP-Abgeordnete waren nicht begeistert vom alternativen System, bei dem statt mit Geld mit Zeit bezahlt wird.

Susanne Quaderer  
squaderer@medienhaus.li

Die Vaterländische Union (VU) schickte ein Postulat rund um ein alternatives System der Freiwilligenarbeit – die Zeitvorsorge – ins Rennen. 19 Abgeordnete stimmten nach einer rund einstündigen Diskussion für eine Überweisung an die Regierung. Skeptisch zeigten sich allerdings sechs Abgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP).

## Am Beispiel St. Gallen diskutiert

Das Prinzip des Systems ist einfach. Die geleisteten Arbeitsstunden des Freiwilligen werden auf einem Konto gespeichert. Diese Stunden kann er Jahre später gegen die Dienste eines anderen Freiwilligen einlösen. Ein Beispiel: Ein 65-jähriger Pensionierter lebt alleine zuhause, seine Frau ist verstorben und Kinder hat er keine. Erschliesst sich dem Zeitvorsorgesystem an. In der Folge besucht er jeden Montag eine 90-jährige Dame, geht mit ihr einkaufen und Kaffee trinken, das dauert jeweils zwei Stunden. Die zwei Stunden werden ihm auf seinem Zeitvorsorgekonto gutgeschrieben. Rund 20 Jahre und einige «Zeitvorsorge-Einsätze» später benötigt der Senior selbst Hilfe beim Einkaufen. Auf seinem Konto hat er rund 300 Stunden angesammelt, mit diesen Stunden «bezahlt» er nun den Einsatz der Pensionierten, die mit ihm einkaufen geht.

Ähnlich dem Beispiel wird es in der Stadt St. Gallen gehandhabt. Auch in Vorarlberg ist ein solches Modell bereits im Einsatz. Die Landtagsabgeordneten fi-



VU-Fraktionssprecher Günter Vogt: «Zeit ist die entsprechende Währung, um das Sozialkapital zu messen.» Die Prüfung des Modells «Zeitvorsorge» – ein Teil des VU-Bürgerpakets – wurde vom Landtag mit 19 Stimmen an die Regierung überwiesen. Bild: Daniel Schwendener

xierten sich aber vor allem auf das Beispiel der Stadt St. Gallen. «Die VU hat das Modell aus St. Gallen als Grundlage benutzt; das kann aber gerne mit innovativen Ideen ausgeschmückt werden», erklärte VU-Fraktionssprecher Günter Vogt. Einen solchen Vorschlag brachte VU-Abgeordnete Violanda Lanter-Koller: «Wir möchten den Auftrag auf die ausserhäusliche Kinderbetreuung auswei-

ten. Auch in diesem Bereich erbringen Eltern, Verwandte und Nachbarn unverzichtbare freiwillige Betreuungsleistungen.» Mario Wohlwend (VU) fügte an, dass es nicht das Ziel sei, jede freiwillige Arbeit mit einer Zeitgutschrift zu vergüten: «Mit diesem System können wir aber in gewissen Bereichen, wo es an Ressourcen mangelt, gezielt einen Anreiz schaffen.» Vor allem könnten

nach Meinung der VU mit dem Modell Rücklagen für die demografischen Herausforderungen gebildet werden – in der Währung «Zeit». Thomas Rehak von der Neuen Fraktion pflichtete den vorhergehenden Voten bei und erklärte: «Das Postulat trifft den Nagel auf den Kopf.» Das demografische Problem könne logischerweise nicht dadurch gelöst werden, es sei aber «grundsätz-

lich ein Schritt in die richtige Richtung». Wolfgang Marxer von der Freien Liste warf das Problem auf, wie spätere Generationen dazu verpflichtet werden können, Freiwilligenarbeit zu leisten. Rehak kontierte mit dem Argument, dass dieses System auch bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) angewendet werden und funktionieren würde. Ein Punkt sorgte vor allem bei den FBP-Abgeordneten

Elfried Hasler und Wendelin Lampert für Kritik: Die Eventualversicherung, die die Stadt St. Gallen eingeht für den Fall, dass es in Zukunft das System «Zeitvorsorge» nicht mehr geben sollte. Damit übernimmt die Stadt die Kosten für die Freiwilligenarbeit. «Mit einer solchen Staatsgarantie sollte man in Liechtenstein vorsichtig sein, hält man diese nicht ein, untergräbt der Staat seine Glaubwürdigkeit», so Lampert. Hasler fand, dass es auch ohne diese Garantie funktionieren würde und wenn es eine benötige, dann sollen die Gemeinden in die Pflicht genommen werden. Er kam zum Fazit, dass das System funktionieren könne, es aber von privaten Organisationen wie dem Seniorenbund in die Hände genommen werden solle. Zu einem anderen Schluss kam der Freie-Liste-Abgeordnete Wolfgang Marxer: «Eine solche Garantie mit allen Konsequenzen ist eine zwingende Voraussetzung für das Gelingen des Systems.»

## Regierung beantwortet nun aufgeworfene Fragen

Nachdem die Abgeordneten über die Zeitvorsorge diskutiert hatten, meldete sich Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zu Wort. Er erklärte, er würde inhaltlich noch nicht auf das Thema eingehen, aber gab seinerseits zu bedenken, dass «Zeit» als Zahlungsmittel mit Schwierigkeiten oder eben mit Garantien verbunden ist. Schliesslich wurde das Postulat überwiesen und wie es Harry Quaderer von den Unabhängigen vorangehend treffend auf den Punkt brachte: Die Regierung wird die aufgeworfenen Fragen in der Beantwortung lösen.